

Er scheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstraße 33.
Sprechstunden der Redaction:
Montags 10-12 Uhr.
Mittwochs 9-6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende
Nummer bestimmten Inserate an
Wochentagen bis 8 Uhr Nachmittags,
an Sonn- und Festtagen früh bis 9 Uhr.

In den Filialen für Auf-Nahme:
Otto Reimann, Lindenstraße 21,
Venus Platz, Rathhausstraße 18, a.
nur bis 1/2 3 Uhr

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Preis-Auflage 18,000.

Abonnementspreis viertelj. 4 1/2 M.
incl. Postgebühren 5 M.
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegblätter 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postgebühren 20 Pf.
mit Postgebühren 45 Pf.

Inserate Gegenüber 20 Pf.
Geldwert erhalten unter dem Druck
verbleibend.
Zusätzliche u. Späteres nach übereinstimmendem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsdruck
die Spalte 20 Pf.
Inserate sind auch an die Expedition zu
haben. - Abholt und mit gelben.
Zahlung vorausbezahlt, aber auch Post-
nachnahme.

Nr. 284.

Donnerstag den 11. October 1883.

77. Jahrgang.

Ämtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die diesjährige Reichsversammlung beginnt mit dem
13. October.
In diesem Tage sind die Baden und Städte auf den
Plätzen der inneren Stadt bis 4 Uhr Nachmittags voll-
ständig zu räumen und bis spätestens 8 Uhr Morgens des
14. October zu verlassen.
Die auf dem Augustplatz und auf den öffent-
lichen Wegen und Plätzen der Vorstadt befindlichen
Baden und Städte sind bis Abends 8 Uhr des 13. October
zu räumen und in der Zeit vom 15. bis 18. October, jedoch
lediglich während der Tagesstunden, von 6 Uhr Morgens bis
7 Uhr Abends, abzugeben und wegzufahren.
Vor dem 15. October darf mit dem Abbruch der
Baden und Städte auf dem Augustplatz nicht begonnen
werden.

Dagegen ist es gestattet, Baden und Städte auf dem
Augustplatz, welche vor Beendigung der Messe leer werden,
früher, jedoch nicht am Sonntag den 14. October abzugeben
und wegzufahren, sofern nicht dadurch Störung des Ver-
kehrs oder Verhinderung des Geschäfts in den Straßen
hervorgeht oder Verhinderung des Verkehrs.
Es bleibt auch diesmal nachgelassen, die Schenkungen auf
dem Augustplatz und Augustplatz, sowie diejenigen Städte,
welche, an welchen nur Lebensmittel feilgeboten
werden, nach am 14. October geöffnet zu halten.
Die Schenkungen, sofern sie auf Schenkung errichtet, in-
gleichem die Caravans und Bänke bis Abends 10 Uhr
des 16. October, diejenigen Baden aber, vollständig deren
das Abgeben von Säulen und Straßen gestattet und eine
längere Zeit zum Abbruch nicht erteilt worden ist, bis
langstens den 20. October Abends 8 Uhr abzugeben und
von den Plätzen zu entfernen.
Anforderungen gegen diese Vorschriften, für deren
Verletzung bestraft wird, sind die betreffenden Bauherren
oder Bauunternehmer verantwortlich, welche mit Ge-
strafe bis zu 150 M. oder entsprechender Haftstrafe geahndet
werden.

Uebigens haben Säumige auch die Obrigkeitstragen zu
verfügender Beilegung der Baden z. zu gewärtigen.
Leipzig, am 2. October 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Geh.

Bekanntmachung.

Die staatliche Einkommensteuer betreffend.
In Gemäßheit des Finanzgesetzes vom 1. März vorigen
Jahres und der Ausführungsverordnung dazu von demselben
Tage ist der dritte Termin der diesjährigen staatlichen Ein-
kommensteuer

am 30. September dieses Jahres
mit der Hälfte des Normalsteuerbetrags fällig.
Die hiermit Steuerpflichtigen werden deshalb aufgefordert,
ihre Steuerbeträge untermittelt und spätestens binnen drei
Wochen, von dem Termine ab gerechnet, an unsere Stadt-
Steuerbehörde, Str. 51, bei Vermeidung der nach Absatz
dieser Best. gegen die Säumigen einzutretenden gesetzlichen Maß-
nahmen abzuführen.
Leipzig, am 26. September 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Geh.

Im Monat September 1883 erlangten das hiesig
Bürgerrecht:
Gruhl, Emil Richard, Fleißbühnenstr.
von Jagemann, Friedrich Emil, Theaterstr.
Büchel, Emil, Theaterstr. 10.
Büchel, Albert, Kaufmann.
Kühnemann, Ernst, Kaufmann.
Paul, Friedrich Wilhelm, Kaufmann.
Reichardt, Theodor Robert Carl, Kaufmann.
Kathler, Carl Theodor, Kaufmann.
Schneider, Carl Hermann, Kaufmann.
Schäfer, Hugo Carl, Kaufmann.
Eich, Friedrich Hermann, Kaufmann.
Wiemer, Carl Friedrich, Kaufmann.
Wegel, Friedrich Bruno, Metzger.

Bekanntmachung.

Das 10. Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungs-
blattes für das Reich ist bei uns eingegangen
und wird bis zum 25. d. M. auf dem Reichs-
hausplatze zur Einsichtnahme öffentlich ausliegen. Dasselbe
enthält:

- Rr. 35. Verordnung, die Organisation des Grundbesitz-
thums für die Provinz des Rheinlandes betreffend; vom
3. September 1883.
- Rr. 36. Bekanntmachung, die Eröffnung des Betriebs der
Schwarzenberg-Johanngeorgenschicht Secundäreisen-
bahn betreffend; vom 10. September 1883.
- Rr. 37. Bekanntmachung, eine Kasse der Arbeitervereine
„Deutsche Arbeitervereine und Arbeiter“ zu Weiden
betreffend; vom 11. September 1883.
- Rr. 38. Bekanntmachung, die Verlegung der Eisenbahn-
station von Hübenthal nach Hübenthal betreffend;
vom 19. September 1883.
- Rr. 39. Bekanntmachung, die Ausgabe einer VIII. Serie
von auf den Inhaber lautenden Pfandbriefen der
Allgemeinen Deutschen Creditanstalt zu Leipzig be-
treffend; vom 20. September 1883.
- Rr. 40. Verordnung, die Abtretung von Grundbesitz
zur Erbauung der Schmalpflanzenden Seebahn
von Döbeln über Wittenberg nach Orlitz be-
treffend; vom 21. September 1883.
- Rr. 41. Verordnung, die Ausfertigung der §§. 44 und 54
des Reichsgesetzes über die Strafvollstreckung der
Arbeiter vom 15. Juni 1883 betreffend; vom
28. September 1883.
- Rr. 42. Bekanntmachung, die Befreiung der Städte der
Reichslande Sachsen vom nächsten ordentlichen Land-
tag betreffend; vom 30. September 1883.

Leipzig, den 5. October 1883.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Geh.

Die Rathswagen befinden sich bis auf Weiteres in der
Gartenstraße 1 an der Leipziger Straße.
Leipzig, am 8. October 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Geh.

Bekanntmachung.

Die Freitag, den 12. October, 11 Uhr Vormittags
zur Auction kommenden öffentlichen Sachen sind nachfolgend
bezeichnet: ein öffentliches Grundstück, welches
in der Nähe der Rathshausstraße von dem
Leipzig, den 10. October 1883.

Zierbach, Gerichtsverwalter.

Nichtamtlicher Theil.

Der neue französische Kriegsminister.

General Campenon, der das Amt, das Posten des
Krieges immer in dem Augenblick zu übernehmen, in welchem
eine wichtige Entscheidung der Welt vorzuliegen ist. Schon
einmal war er Kriegsminister im Ministerium Gambetta,
welches die Geschäfte nur zwei Monate führte. Damals war
er zum Kriegsminister ernannt, während er heute fast
den halben Tag, als stellvertretend nach dem Verzicht
welche Thibaudin über Frankreich gebracht hat, durch seine
Wahl in wieder in regelmäßige Funktionen überführt. Die
beiden anderen Generale, mit welchen wegen Übernahme
des Kriegsministeriums verhandelt wurde, Cassier und Des-
bordes, haben dem General Campenon bezeugt, daß er das Ver-
trauen der Armee besitzt. Ein solches Zeugnis bei solcher
Gelegenheit scheint das gegenseitige Vertrauen für den ab-
tretenden General Thibaudin einzuflößen, und da muß
denn allerdings hinzugefügt werden, daß Thibaudin dagegen
das Vertrauen der Armee verlor, denn dieser hat ihn
nicht lassen wollen, weil er die Übernahme nicht
die Tage des Ministeriums Herr geführt hat. Herr's
Schwägerin hat sich darüber in seinem Organ, der „France“,
deutlich genug ausgesprochen. „Mit Herr's keine persönlichen
Sympathien zum Herrn, Herr's, Herr's, Herr's, Herr's,
die volle Freiheit, aber auch die volle Verantwortlichkeit, und
die Stunde der Verantwortung nicht für das Ministerium
schlagen.“ Diese Sprache, deren Billigung Herr's
Kühnheit auf Dauer seiner Amtsführung, Herr's und Willen
sicheln auf den baldigen Sturz des Ministeriums Herr's mit
Sicherheit zu rechnen und sind sich dabei des Unwahrschein-
lichen bei der Vertretung der radikalen Partei bewußt. Es
ist charakteristisch für die Stellung, welche Herr's der gegen-
wärtigen Krise gegenüber einnimmt, daß er die Sache des
Radicalismus im Gegensatz zu der des Liberalismus zu ver-
leihen macht, denn die „France“ sagt ausdrücklich: „Für die
radikale Partei war Thibaudin eine Wagnisart gegen die
Veränderungen der Zeiten.“ Das ist also die Basis, auf
welcher Herr's seine Verantwortlichkeit gegen die Angelegen-
heiten der Armee gründet. In allen öffentlichen Auftritten
wird er gegen Herr's gerichtet, und kommt nun als
letzte und bedeutendste die, daß seine Politik den Interessen
der Orlanais in die Hände arbeitet.

Die Fortsetzung, welche Herr's und sein Schwägerin
Willen für den bevorstehenden Zusammentritt der Kammer
gewählt haben, läßt an Rückhalt nicht zu wünschen übrig,
denn sie lauten auf die demselben Elemente der Be-
völkerung, von welchem Herr's selbst zum König Alphonse
äußerte, daß die französischen Offiziere seinen Schwager gegen
die Aufstellungen gewöhnt. Das Ministerium Herr's hingegen
sucht seine Stütze bei der liberalen Bevölkerung, also bei den
jüngeren Republikanern, welche das Programm Gambetta's
vertraten oder doch zu vertreten vorgaben. Herr's hat
zu einem gewissen Grade gemeinschaftliche Sache mit denen
gemacht, welche die Verleugung des Königs Alphonse als
Aufgabe betrachteten, denn er stellt sich jetzt öffentlich auf
die Seite Thibaudin's, welcher doch durch sein Verhalten beim
Empfang des Königs auf dem Bahnhof den Standmachern
gewissermaßen das Signal zu ihren persönlichen Aufstellungen
gab. Thibaudin ist heute in Paris eben so der Mann des
Tages, wie am 29. September König Alphonse die Ver-
scheide der Orlanais und Deutschländer war. Der
größere Theil der Franzosen, welche den Namen Orlanais
Alphonse beifügen, selbst heute Thibaudin entgegen
und bereit Zustimmung zu geben an den entlassenen Kriegs-
minister vor. Das ist für Thibaudin insofern sehr
günstig, als er allein consequent erscheint, während die
Radikalen und Republikaner, welche ihres Orlanais als
Alphonse Alphonse ansetzen, aus Opportunitätsgründen
Herr's bestimmen, welcher dem König Alphonse für den
erhaltenen Schatz gab und verlor, und ihn doch wieder
als Parteigänger bekämpfte. Es ergeben sich daraus die
widerstreitenden und verwirrenden Situationen und dieser
ganze Wirrwarr wird und muß beim Wiedereintritt
der Kammer, also in kaum 14 Tagen, zum Austrag kommen.
Herr's giebt sich den Anschein, als ob er die Sache der Republik
gegen die Monarchisten ebenso führe und vertrat wie Herr's,
aber er will die Aufrechterhaltung der bestehenden Verordnungen
in den auswärtigen Mächten und diese ist unter Verleugung
Thibaudin's nicht möglich. Das wäre Alles schön und gut,
wenn nur nicht die Orlanais dahinstehen, jederzeit bereit,
die Hand der Regierung im günstigen Augenblick zu greifen.
Das ist der eine wichtige Punkt in der Lage des Ministeriums
Herr's und der andere ist die Landfrage.

Auch in dieser Frage ist Herr's Herr's gegenüber in Ver-
theil, denn es ist bekannt, daß er gegen die Verleugung mit
China ist und jede Verantwortung für das Vorgehen Herr's
gegen Rom von sich abweist. In dieser Beziehung ist für
Herr's außerst günstig, was in neuerer Zeit bekannt ge-
worden ist. Triou hatte den Auftrag, nach Peking zu gehen
und der chinesischen Regierung eine Forderung von mehr als
5 Millionen Francs für die Kosten der Tonkin-Expedition
vorzulegen. Dadurch hat sich die Erbitterung der Chinesen
auf's Höchste gesteigert und Herr's liegt an der Spitze aller
Unmuthigen des Auswärtigen. Herr's stellt allen Schmei-
chleren durch die Erfolge Courcel's und Harmand's zu be-
gegnet. Die Unterwerfung der Randirinen und die Rück-
kehr der Tonkiner durch die Schwarzen sollen alle Be-
denken wegen der Verantwortlichkeit mit China zerstreuen. Er
scheint nur dabei zu übersehen, daß die chinesische Regierung

den Nachfolger Thibaudin's bisher nicht anerkannt hat, daß also
alle Aete der Verantwortlichkeit gegen die Franzosen, welche von
dieser Seite ausgehen, wertlos sind.

Die Frage, welche die Kammer Herr's zunächst vorlegen
wird, lautet: Wie steht Frankreich mit China? und auf diese
Frage vermag Herr's keine befriedigende Antwort zu geben,
das wird sein Ministerium zu Falle bringen und wenn auch
viele Abgeordnete im Punkte der Feindschaft gegen Japan
auf seiner Seite stehen mögen. Es scheint nicht sowohl darum
zu handeln, ob Herr's nicht und Herr's geht, oder um-
gekehrt, als darum, ob die Radikalen die Partei gegen die
Orlanais oder diese gegen die Radikalen gewinnen. Der
Fall des Ministeriums Herr's liegt von diesen Kämpfen
völlig unberührt, wie wir das schon früher an dieser Stelle
ausgesprochen haben, es handelt sich nur darum, ob die Republik
die Hälfte eines nach dem Radicalismus weiter hindrücken
wird, oder ob die Anhänger der Monarchie die Oberhand
gewinnen. Die Rolle des General's Campenon ist voraus-
sichtlich binnen 14 Tagen angesetzt, es aber Thibaudin sein
Nachfolger wird, wie er sein Vorgänger gewesen ist, das hängt
von dem Ausgang des Kampfes zwischen Republik und
Monarchie ab.

Leipzig, 11. October 1883.

Im Anschluß an die Wiedermalfeier hat der Abgeordnete
Dr. Van der Grinten in seinem Wahlkreis Gegen-
wärtig eine Rede von großer Wichtigkeit gehalten, welche sich nicht
gerade bemerkenswert war und dem gewöhnlichen Redner kein
neues Wort zu seinem Ruhm beibringt. Aber Herr
Van der Grinten konnte auch diese Gelegenheit nicht vorbeugen
lassen, ohne gegen die nationalliberale Partei zu
polemisieren. Es ist merkwürdig, daß sich der geehrte Herr
bald in denselben Widerspruch bezieht wie unsere fort-
schrittlichen und rücksichtslosen Gegner. Alle behaupten
für die nationalliberale Partei habe den Todestag erhalten,
sie sähe im politischen Leben nicht mehr mit, ja sie sei
überhaupt bereits vom politischen Schauplatz verschwunden.
In demselben Zuge werden dann der Partei über ihre
Wägung von rechts und links die heftigsten Vorwürfe
gemacht und gute Lehren gegeben, was sie zu thun
habe, um wieder größeren Einfluß in weiten Kreisen des
Volkes zu gewinnen. Herr Van der Grinten erzählt, daß
Herr's im Jahre 1871 die Reichsversammlung, die den
Reichstag nach Versailles zu berufen, und nur durch das
Abwenden des sectionistischen Vortragsredners von diesem
Punkte abgelenkt worden sei. Wir wollen nicht glauben,
daß Herr Van der Grinten der Wahrheit entgegen behauptungen
ausstellt, aber in diesem Punkte dürfte er sich doch einer
starken Selbsttäuschung hingeben. Der Reichstagler hat
von vornherein und bis auf den heutigen Tag den deutschen
Reichstag als den höchsten Akt für Deutschlands Einigung
und den Bestand des deutschen Reiches gehalten und ist dem
entsprechend für das entsprechende Wohl der Wählgemeinde
der Vertretung der deutschen Nation in der Reichsversammlung
und hat in dieser Beziehung auf seiner Seite Widerspruch, vielmehr
bei weitem erhabenen Rufes und den verbundenen Hülfen
bereitet Verständnis und Entgegenkommen gefunden. Aber
der Hauptfehler der Sectionisten liegt in einer hoch-
gradigen Selbstüberhöhung und dem Mangel an Fähigkeit,
sich unterzuordnen. So viel Kräfte, so viel Sinne. Jeder
der sectionistischen Abgeordneten glaubt sich besonders zur
Führung einer Partei berufen, und wir haben es erlebt, daß
in wichtigen Fragen im Reichstage die wenigen Sectionisten
auch unter sich uneinig waren. Das Wirken der national-
liberalen Partei wurde schon von dem Jahre 1880 her
bekannt durch die Unfähigkeit der Sectionisten, im Partei-
interesse die erforderlichen Opfer zu bringen. Jetzt oder nie
ist es sehr schwer, wenn Herr Van der Grinten so weit geht,
daß er zu behaupten wagt, Radikal von Hennigsen
habe auch seinen einseitigen Radikalismus vom politischen
Leben ein wenig abgewandt, für die Wählgemeinde der Sectionen
geliefert. Herr von Hennigsen hat zu hoch, um sich in
einem derartigen Dilemma und zumal in dem gegenwärtigen Zeit-
punkt, einzulassen, aber wir zweifeln nicht, daß ihn diese
Interpretation des Herrn Van der Grinten höchlich anzu-
reizen wird. Mit jüngerer Wende bekennt Herr Van der Grinten
dennoch doch hier nur abermals, daß seine Fraktionsgenossen
sehr weichen politischen Auffassung sind, daß sie sehr
als Theoretiker und Redner leisten, im Uebrigen aber, wie
wir bereits wiederholt hervorgehoben, ihre Kraft in Anlehnung
an den Fortschritt haben, mit diesen in der Vereinigung
concurrirten und ähnlich dem radikalen Demokraten nur
groß sind in der Beziehung der Nationalliberalen. Mit
Stolz weist Herr Van der Grinten auf die Zeit hin, wo auch
er politisch tätig gewesen ist; ja es ist doch eben nur die
Zeit, wo auch er noch zu den Nationalliberalen zählte und
wo auch er wenigstens abate, daß im politischen Leben nur
durch Fortschritt etwas zu erreichen ist, nicht aber, wenn
man mit seinen Prinzipien durch die Wand rennen will. Die
Nationalliberalen sollen sich rüchtern haben durch ihre Nach-
sichtigkeit gegen die Regierung. Wir möchten doch Herrn
Van der Grinten und seine Genossen bitten, uns unsern „Rath“
zu überlassen. Er scheut sich nicht, offen es auszusprechen,
daß er im Reichstage bleibt, um zu opponiren; was wir
werden darin niemals unsere Lebensaufgabe erblicken und ver-
werfen auch nicht anerkennen, daß damit das Reich und
der Nation ein Dienst geleistet wird. Wohl aber erlauben
wir uns die Frage, worin sich denn schließlich noch die
Sectionisten von den Fortschrittlichen unterscheiden. Man
hat bis jetzt dergleichen auf ein Programm der Sectionisten
gemacht. Wenn das Leben von Herrn Van der Grinten
hervorgeht von ihnen offiziell anerkannt wird, dann können
wir ihnen nur empfehlen, einfach zu den Fortschrittlichen über-
zugehen. Dergleichen mögen sie dann doch dadurch, daß die
Situation wieder etwas besser wird und sie hätten dann auch
die erste positive Stellung aufzuweisen.

Das Ziel, 8. October, schreibt man der in Marins-
Angelegenheiten bezüglich unterrichteten „Post“. Die
die aus dem Reichstaglichen Kreise in die Orlanais launige
Wahlung, daß der Wahl der Kammerpräsidenten in Zukunft den
englischen Werten wieder eine größere Zahl von Kandidaten
jenseits der See, enthält in dieser Form über der Begründung
und hat auf die Beratung einen, wie wir schon, jenseit über-
höchlichen Ernennung. Die hiesigen Werten sind vollkommen
im Sinne, nicht nur unter Schicksal zu repariren und
schwierig zu verwalten, sondern sie haben den Zweck, die
die sie sehr stark vorgehen zu bestehen können, die wahrschein-
lich

eine große Widerstandskraft besitzen, als die entwerfen, auf
englischen Werten gebaute Schiffe. Unsere deutsche Schiffs-
bauindustrie hat im Laufe des letzten Jahres einen Rückgang
erwiesen, der sie der englischen als gleichberechtigt zur Seite ge-
stellt hat, und wenn das Ausland jetzt mit der deutschen Schiffs-
industrie, um Contacte auf dem von den Reichstaglichen mit ihnen zu
schließen, so beweist das sicher, daß sie in der internationalen Con-
currenz gut bestehen können. Wir haben es in dieser Weise wieder
klarer aber trotzdem für gefordert, daß sie auch von den höchsten
dieser Concurrenz Kapten sicher. Gerade bei einem Punkte von mit-
telster Lösung stehen sich zwei verschiedene Ansichten und Methoden
für sehr lange Zeit. Was dieses Thema sollte man nicht und
nicht dabei stehen, in ihrer Art entsprechende Schiffe zu erwecken.
Nicht allein deshalb, weil ein Schiff über ein bestimmtes Jahr
realisirt werden kann, sondern auch deshalb, weil ein Schiff über ein
bestimmtes Jahr realisirt werden kann, wenn die Administration über
die Schiffe, wie sie dieselben am besten erhalten kann. Wir glauben,
daß sie es für vorgezogen hätte, die Werten im nächsten Jahr
eine große Rolle spielen werden, so glauben wir, daß es jedenfalls
grundsätzlich kein Fehler, wenn unsere Marine sich über den
Wert der besten englischen, amerikanischen und japanischen Schiffe
ein Urteil bilden sollte. Das Behalten, ein deutsches Bauwerk
herzustellen, welches alle schwierigen Bedingungen erfüllt, nicht ja
höchst ausnehmend und verdient jede Unterstützung; aber gut
dann, wenn wir die Vorteile der fremden Schiffe in prakti-
schen Belangen nicht finden können. Wenn also der Wert der
Nationalität, was wir unter der Bezeichnung der Verwaltung bereits
beinahe anerkennen haben, welche in England einige Vorteile
schaffen sollte, so würde das ein erhebliches Gewicht sein, daß Herr
van der Grinten aufstellen ist, das freie Spiel der internationalen
Freiheit auf dem Gebiete einer Sectionist des Schiffbaus und zu
Gunsden der beiden Marine zu bringen.

Die Nationalliberale Centralpartei schreibt zur Par-
teilage: „Die zweite Anweisung in Betreff der Zweckmäßigkeit
der Reichswahlen hat in der Presse eine gewisse Bedeutung,
insoweit Widerspruch als Anlass gefunden. Unsere Behauptung,
daß in vielen Fällen der aus einer einzigen Wahl durch das
zufällige Zusammengehen der verschiedenartigen Parteien
herausgehende Vertreter keineswegs die im Wahlkreis vor-
herrschende Meinung repräsentiren und daß die Specialisation
auf die Unterstützung durch andere Parteien bei den Wahl-
loosen häufig zu politisch unbilligen Parteiverhältnissen und
unwürdigen verwerflichen Wahlcomponen führen, ist un-
unterlegt geblieben. Auch die „Nationalzeitung“ erkennt
die unferen Ermüdungen zu Grunde liegenden principellen
Bedanken als richtig an; sie giebt zu, daß bei den
letzten allgemeinen Wahlen mitunter Wahlloosen statt-
gefunden haben, welche die Wahrfähigkeit und Stillschließ
des politischen Lebens und die Selbstständigkeit der Wähler
gleichmäßig bedrohten und einen Vertreter zum Zuge ver-
halfen, der notwendig nicht der Ausdruck der im Wahlkreis
am meisten verbreiteten politischen Gesinnung ist. Die
„Nationalzeitung“ kommt auf einen weiteren Vorschlag zurück,
der welchen sie glaubt, daß die großen Seiten der engern
Wahlen zur Geltung kommen, die bedenklichen Folgen ein-
gegriffen vermeiden können, den Vorschlag nämlich, im ersten
Wahlgang das Erforderniß der absoluten Mehrheit be-
izubehalten, abzuändern aber für den zweiten Wahlgang
wieder eine durch freie Aufhebung von Candidaten
statistiken und hierbei die relative Mehrheit entscheiden
zu lassen. Wir erkennen an, daß dieser Vorschlag
Mühen für sich hat, und es freut uns, daß die Frage
in Angriff genommen ist. Wenn wir auch selbst für die
im Augenblick und für die nächste Zeit praktische Bedeutung
nicht zurechnen, so glauben wir doch, daß das beschriebene
Rechtswahlverfahren keineswegs für alle Zeit unangebracht bleiben
müßte. Das der nächste Antrag, die Frage anzuregen, die
Ordnung der Reichswahlen, so ganz unangebracht sein, können wir
aber nicht sagen. Es giebt gewiss gewisse Fälle, aber
das Bedenkliche der Einrichtung kam auch bei dieser Gelegen-
heit zum Vorschein; falls und würde sich das Uebeln um
die paar hundert ausfallenden Stimmen entscheiden
jedenfalls nicht. Uebigens haben wir die Frage von
ihren principellen Seiten, ganz losgelöst von einzelnen
bestimmten Vorfällen, betrachtet. In recht leichtfertiger
Weise glaubte die „Nationalzeitung“ die Frage
mit ein paar spöttischen Bemerkungen abthun zu können.
Sie hat herausgerechnet, daß, wenn bei den letzten Wahlen
sich im ersten Wahlgang die relative Mehrheit entscheiden
hätte, die Fortschrittspartei 6, die liberale Vereinigung 10,
die nationalliberale Partei 2, die Volkspartei und die
Socialdemokratie je 1 Abgeordnete weniger ergäbe hätten,
dagegen 2 liberale Wähler, 6 Conservativen, 6 Progressiven,
2 Polen und 3 Ultramontanen mehr vorhanden gewesen wären.
Die „Nationalzeitung“ fragt uns, ob uns ein solches Resultat be-
fallen würde. Gewiß nicht, aber der Vergleichung allein,
daß eine Einrichtung des Interesses unferer oder verwandter
Parteien nachtheilig ist, kann und nicht abthun, solange
zu prüfen, ob diese Einrichtung grundsätzlich zu billigen ist
oder nicht. Es ist nicht begründet für jedes einzelne Fortschritt-
liche Blatt, daß es eine alle Fälle unangenehm und be-
denkliche Einrichtung damit abweist, daß es nur
fragt, ob sie auf diese oder auf jene Weise ein paar
Wahlmandate mehr heranzubringen lassen. Uebigens ist mit dieser
einen, für die liberalen Parteien allerdings unbilligen
Zusammensetzung durchaus nicht einverstanden, daß sich
jedem ein ähnliches Resultat ergeben wird. Wir behaupten,
daß das Erforderniß der absoluten Mehrheit durchgängig für
einzelne Parteien, falls für andere nachtheilig wirkt. Zur
Beurtheilung dieser Frage müßte eine unvollständige
Statistik für längere Zeit zusammengestellt werden, nicht bloß
die Erfahrungen aus einem einzigen Wahlgang, und noch
weniger läßt sich behaupten, wie der Vorschlag der
„Nationalität“ zu Gunsten der Werten der einzelnen
Parteien werden würde. Dergleichen vertheilt die Frage eine
erhöhte Aufmerksamkeit, als sie die in den verschiedenen politischen
Bemerkungen der „Nationalität“ zu Tage gekommen ist.“

Dieses wird geschrieben: „Die Frage der Ver-
längerung des Socialiengelezes wird augenblicklich
vielfach ventilirt und Combinationen verschiedener Art werden
daraus gefaßt. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß die Ver-
längerung des Socialiengelezes der Socialiengelezes
in der nächsten Reichstagssession stellen wird, um so weniger
als sie zur Begründung derselben auf die immerhin doch
sehrbedeutenden Folgen des Socialiengelezes hinweisen kann
und ihr die Art und Weise des heutigen Socialdemokratischen
Treibens die Ueberzeugung aufdrängen wird, daß ohne das
Gesetz wiederum jene Zustände aufleben würden, wie sie sich
1875 in so schmerzhaften Katastrophen kund gegeben. Man
wird einmüthig, es behalte ein Ueberdruß zwischen der De-